

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums der Finanzen

Funktionsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung

Die **Kleine Anfrage 4167** vom 26. April 2016 hat folgenden Wortlaut:

Die Präsidentin des Landesamtes für Steuern soll mit dem Präsidenten des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr ein Gespräch geführt haben. Hintergrund des Gesprächs soll die Bewerbung von ca. 30 Bediensteten der rheinland-pfälzischen Finanzverwaltung zur Bundeswehrverwaltung gewesen sein.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Ist es zutreffend, dass die Präsidentin des Landesamtes für Steuern mit dem Präsidenten des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr ein Gespräch geführt hat?
2. Wenn Frage 1 mit ja beantwortet wird, was war der Gesprächsgegenstand und das Ergebnis des Gesprächs?
3. Wenn Frage 1 mit ja beantwortet wird, wurden die Hintergründe erfragt, warum so viele rheinland-pfälzische Beamtinnen und Beamte in den Bundesdienst wechseln wollen? Wenn nein, warum nicht?
4. Wie wird sichergestellt, dass die Funktionsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung im Hinblick auf die attraktiveren Besoldungs- und Beförderungsmöglichkeiten beim Bund aufrechterhalten wird?

Das **Ministerium der Finanzen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 17. Mai 2016 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Am 18. April 2016 fand zwischen der Leiterin der Personalgruppe des Landesamtes für Steuern und Vertretern des Bundesamtes für das Personalmanagement der Bundeswehr, mithin also auf Arbeitsebene, ein Gespräch statt. Ein Gespräch zwischen der Präsidentin des Landesamtes für Steuern und dem Präsidenten des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr hat nicht stattgefunden.

Zu Frage 2:

Hintergrund für das Gespräch am 18. April 2016 war eine Stellenausschreibung des Bundesamtes für das Personalmanagement der Bundeswehr vom 1. März 2016, mit der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst für die Standorte Köln, Bonn, Koblenz und Düsseldorf gesucht werden. Hierauf hatten sich aus der rheinland-pfälzischen Steuerverwaltung vier Bedienstete beworben und eine Zusage erhalten. Das Gespräch diente der Festlegung einer Vorgehensweise für den Fall, dass sich Bedienstete der Steuerverwaltung Rheinland-Pfalz erfolgreich auf Stellenausschreibungen durch das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr bewerben.

Zu Frage 3:

Es handelt sich – wie bei Frage 2 bereits ausgeführt wurde – lediglich um vier Bedienstete, die sich auf die Stellenausschreibung vom 1. März 2016 beworben hatten. Die Hintergründe für den angestrebten Wechsel werden derzeit in Gesprächen erfragt, wie das üblicherweise der Fall ist.

b. w.

Zu Frage 4:

Neben der amtsangemessenen Besoldung in der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung stehen insbesondere die guten Arbeitsbedingungen im Vordergrund. Dazu gehören moderne Ausbildungsmodelle, flexible Arbeitszeitmodelle, die Stärkung eines systematischen betrieblichen Gesundheitsmanagements und die Selbstverpflichtung zur Sicherung und Weiterentwicklung einer familienfreundlichen Personalpolitik.

Doris Ahnen
Staatsministerin